

**Martin Sabrow**

# Die Geschichtspolitik der Volkskammer 1990

---

Fachtagung mit Abgeordneten der letzten DDR-Volkskammer 1990  
Panel: Erinnerungspolitik – Umgang mit NS und SED-Diktatur  
11.3.2020, 11.15 – 12.50 Uhr

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die geschichtspolitische Arbeit und Beschlusslage der ersten frei gewählten und zugleich letzten DDR-Volkskammer befinden sich erstaunlicherweise am Rande der öffentlichen wie fachlichen Aufmerksamkeit. Zwischen dem 9. November 1989 und dem 3. Oktober 1990 eingezwängt, hat sie kaum Niederschlag in der Forschungsliteratur über die kursorischen Hinweise zur Hast der Beratungen unter dem stetig wachsenden Zeitdruck und über die Sturzgeburt der Sicherung der MfS-Akten hinaus auf sich gezogen, wie ich bei der Vorbereitung unserer heutigen Zusammenkunft feststellen musste. Um so mehr kommt es mir in dieser ersten Diskussionsrunde auf den Austausch zwischen Zeitzeugen und Zeithistoriker an, und ich will mich in meinen einleitenden Bemerkungen auf eine einzige Frage beschränken: Inwieweit hat die letzte DDR-Volkskammer das epochemachende Konzept der Diktaturaufarbeitung mit ihren Stärken und Schwächen begründet oder zumindest geprägt?

Der Begriff Aufarbeitung ist verbindet sich heute vor allem mit Theodor Adorno, der „die vielzitierte Aufarbeitung der Vergangenheit“ in seinem berühmten Vortrag von 1959 noch eher widerstrebend musterte, weil sie „sich während der letzten Jahre als Schlagwort höchst verdächtig gemacht hat“. Denn: „Mit Aufarbeitung der Vergangenheit ist in jenem Sprachgebrauch nicht gemeint, daß man das Vergangene im Ernst verarbeite, seinen Bann breche durch helles Bewusstsein. Sondern man will einen Schlußstrich darunter ziehen und womöglich es selbst aus

der Erinnerung wegwischen.“<sup>1</sup> Gegen diese tradierte Auffassung des Aufarbeitens als einer aus der Handwerkssprache entlehnten Metapher der auffrischenden Instandsetzung einer abgenutzten Sache setzte Adorno eine Neudefinition der Aufarbeitung, die sich gegen die Verdrängung der Vergangenheit ebenso richtete wie gegen den Glauben, die Vergangenheit ließe sich ein für allemal „bewältigen“.

Der Begriff Aufarbeitung gewann seit der zweiten Hälfte der achtziger Jahre langsam an Gebräuchlichkeit, um dann mit Sturz des SED-Regimes fast schlagartig zu seiner heutigen Zentralstellung aufzusteigen. Seine historische Durchsetzung erfolgte im Zuge der Auseinandersetzung um den Umgang mit den Stasi-Unterlagen. Nachdem am zentralen Runden Tisch der DDR im Februar 1990 noch beschlossen worden war, die magnetischen Datenträger der Staatssicherheit zu vernichten, und seine Arbeitsgruppe Sicherheit im März ergänzend empfohlen hatte, auch alle personenbezogenen Akten stufenweise zu vernichten<sup>2</sup>, brachte der Ministerrat im Juli 1990 einen Gesetzentwurf zur Sicherung und Nutzung der personenbezogenen Stasi-Unterlagen ein, um „die politische, historische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit zu gewährleisten und zu fördern“. Dass am 24. August 1990 mit nur einer Gegenstimme verabschiedete Stasi-Unterlagen-Gesetz stellte folgerichtig ganz auf den zu der Zeit noch gar nicht allgemein gebräuchlichen Terminus der Aufarbeitung ab, ohne ihn inhaltlich näher zu bestimmen: „Zweck dieses Gesetzes ist, 1. die politische, historische und juristische Aufarbeitung der Tätigkeit des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit/Amtes für Nationale Sicherheit (...) zu gewährleisten und zu fördern.“ Alle Fraktionen der letzten Volkskammer unterstützten „dieses bedeutsame Anliegen“, wie für die PDS der Abgeordnete Jens Heuer erklärte: „Es entspricht unserer Bereitschaft, uns mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.“<sup>3</sup>

Der damit gesamtdeutsch etablierte Terminus der Vergangenheitsaufarbeitung, der seit 1975 eine langsam, aber stetig ansteigende Worthäufigkeitskurve aufweist, trat mit dem Schub der Vereinigung seinen bis heute andauernden Siegeszug an und

---

<sup>1</sup>Theodor W. Adorno, Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit? in: Ders., Eingriffe. Neun kritische Modelle, Frankfurt am Main 1963, 125-146, hier S. 125.

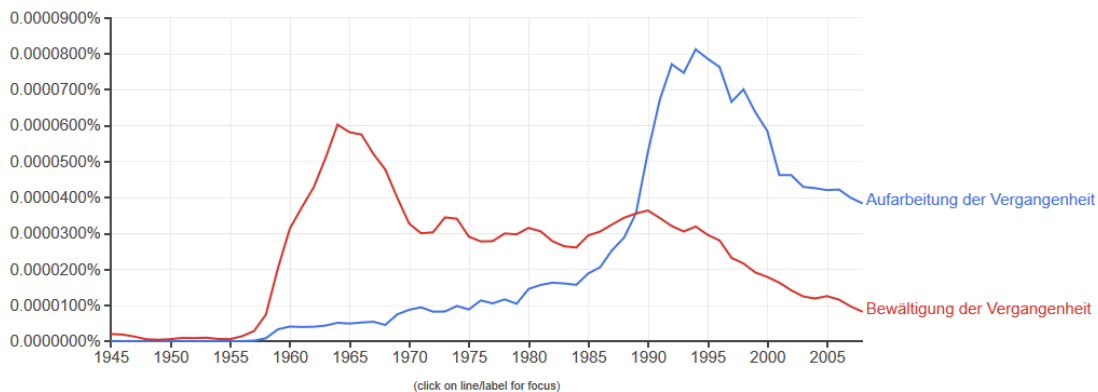
<sup>2</sup> Silke Schumann: Vernichten oder Offenlegen? Zur Entstehung des Stasi-Unterlagen-Gesetzes. Eine Dokumentation der öffentlichen Debatte 1990/91 (Dokumente – Reihe A), hg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 1995, S. 10. Für die Haltung des Zentralen Runden Tisches mitentscheidend war die (falsche) Annahme, dass alle Unterlagen auch in Papierform überliefert und durch die Zerstörung der Datenträger nicht verloren seien.

<sup>3</sup> 32. Tagung, in: Volkskammer, Protokolle, 10. Wahlperiode, Bd. 29, S. 1456.

erlebte die Klimax seiner Verwendung zwischen 1995 und 2000, um seitdem auf immer noch hohen Niveau etwas abzuflauen.

## Google Books Ngram Viewer

Graph these comma-separated phrases:   case-insensitive  
 between  and  from the corpus  with smoothing of  [Search lots of books](#) [Embed Chart](#)



Search in Google Books:

[1945 - 1979](#)   [1980 - 1997](#)   [1998 - 1999](#)   [2000 - 2005](#)   [2006 - 2008](#)   [aufarbeitung der vergangenheit](#)   German  
[1945 - 1962](#)   [1963 - 1965](#)   [1966 - 1968](#)   [1969 - 1997](#)   [1998 - 2008](#)   [bewältigung der vergangenheit](#)   German

Run your own experiment! Raw data is available for download [here](#).

© 2013 Google - [Privacy & Terms](#) - [About Google](#) - [About Google Books](#) - [About Ngram Viewer](#)

Unbemerkt haften dem Konzept der Vergangenheitsaufarbeitung aber zugleich auch innere Spannungen und Widersprüche an, die seine gesellschaftliche Akzeptanz in Folgejahren auf die Probe stellten.

Erstens zielte es weniger auf die Vergangenheit als auf die Gegenwart, weniger auf historische Erklärung als auf politische und moralische Festigung.<sup>4</sup> Die Aufarbeitung sollte dazu beitragen, die Gesellschaft zu befrieden und ihre Bürger vor einem Rückfall in die diktatorische Ordnung schützen: „Falls die Offenlegung als Gesellschaftstherapie gewählt werden sollte, parallel dazu eine wissenschaftliche Aufarbeitung vorgenommen wird, dürfte die (ehemalige) DDR-Bevölkerung für andere Geheimdienste jedenfalls nicht mehr brauchbar sein“, hoffte Lutz Rathenow 1990<sup>5</sup>, und Marianne Birthler verlangte in der Volkskammerberatung eine doppelte identitätspolitische Festlegung für die zu gründende Stasi-Unterlagenbehörde: „Der

<sup>4</sup> „Bei der ‚Aufarbeitung der Vergangenheit‘ geht es nicht in erster Linie, wie der Begriff ‚Vergangenheitsbewältigung‘ suggerieren mag, um die Auseinandersetzung mit Vergangenem, sondern um den Umgang mit dessen Nachwirkungen in der Gegenwart.“ Pampel, Was bedeutet „Aufarbeitung der Vergangenheit“, S. 30.

<sup>5</sup> Lutz Rathenow, Akteneinsicht als Therapie, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Nr. 22 vom 1.6.1990.

Sonderbeauftragte und seine Mitarbeiter müssen Bürger der DDR gewesen sein. Vor allem müssen sie das Vertrauen der DDR-Bürger genießen und in einer ganz besonderen Weise das Vertrauen der Opfer.“<sup>6</sup>

Zweitens verbindet sich mit dem Konzept der Aufarbeitung die geschichtskulturell weithin anerkannte, aber fachwissenschaftlich absurde Annahme, dass Geschichte Lehren bereithalte, die man beherzigen müsse, um vor Wiederholung gefeit zu sein. In diesem Sinne forderte Bärbel Bohley nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990, dass die neugewählten Abgeordneten auf eine frühere MfS-Zusammenarbeit überprüft würden, um nicht zum Opfer der politischen Erpressung durch geheimdienstliche Seilschaften der alten DDR-Eliten zu werden: „Wenn die Geschichte jetzt nicht aufgearbeitet wird, dann wiederholt sich bei uns, was nach 1945 in Westdeutschland mit dem Überleben der alten Nazis im Staatsapparat - und nicht nur da - verbunden ist. Wir wollen auf unser 68 nicht zwanzig Jahre warten wie ihr.“<sup>7</sup>

Drittens verband sich mit dem Aufarbeitungsdiskurs nach dem Ende des SED-Staates ein grundsätzliches Bekenntnis für die Erinnerung und gegen das Vergessen, dessen Entschiedenheit zu gesellschaftlichen Konflikten führte. Anders als im Nachhinein oft vermutet, war es nicht der Westen, der dem Osten die Kompensation für die über eine Generation hinweg misslungene Nationalsozialismus-Bewältigung auferlegen wollte. Die letzte DDR-Volkammer selbst schloss sich dem in der Bundesrepublik der achtziger Jahre etablierten Erinnerungsparadigma nicht nur vorbehaltlos an, sondern ging in seiner Anerkennung weit über das damalige Bonner Selbstverständnis hinaus, wie für die DSU Abgeordneter Jürgen Haschke ausführte: „Ein schon viel zu oft mißbrauchtes Wort sagt, es hat keinen Sinn, in die Zukunft zu gehen, wenn man die Geschichte verdrängt. Aber Geschichte gar zu vernichten, wie vorgesehen, gibt nicht nur keinen Sinn, es kann für die Demokratie tödliche Folgen haben.“<sup>8</sup>

Parteiübergreifend sah sich die Volkskammer im Sommer 1990 in einem gemeinsamen Kampf gegen das Postulat des politisch begründeten Vergessens, das von Bonn kam. Wolfgang Schäuble als Verhandlungsführer für den Einigungsvertrag

---

<sup>6</sup> 32. Tagung, in: Volkskammer, Protokolle, 10. Wahlperiode, Bd. 29, S. 1450.

<sup>7</sup> Bärbel Bohley, Damit sich Geschichte nicht wiederholt. Keine Stasi-Mitarbeiter in die neue Volkskammer. Gastkommentar, in: taz, 22.03.1990.

<sup>8</sup> 32. Tagung, in: Volkskammer, Protokolle, 10. Wahlperiode, Bd. 29, S. 1456, Äußerung Jürgen Haschke (DSU)

bedauerte noch 1991, dass die von ihm geplante Amnestierung der DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik am gesellschaftlichen Widerstand ebenso gescheitert sei wie die von Günter Krause und ihm avisierte Ausschaltung der Stasi-Akten aus dem öffentlichen Diskurs. „Manchmal habe ich darüber nachgedacht, ob man sie nicht unbesehen vernichten könnte.“<sup>9</sup> In der Volkskammer dagegen wirkte dieses Ansinnen parteiübergreifend als Angriff auf die Revolution: „Das Gesetz in der vorliegenden Form trägt eben die Handschrift derer, die diesen Anfang wagten. Sie haben damit ein Mahnmal gesetzt, ein Mahnmal an eine schlimme Zeit. Und Mahnmale zerstört man nicht ungestraft. Wer Stasi-Burgen eingenommen hat, wird auch das bi0chen Courage aufbringen, dieses Gesetzeswerk gegenüber einem gesamtdeutschen Souverän zu verteidigen“, rief Jürgen Haschke unter dem Beifall von CDU/DA, SPD und Bündnis 90/Grüne aus.<sup>10</sup>

Warum sperrte sich die Volkskammer mehrheitlich sich so vehement gegen die von der westlichen Seite und ihrem Verhandlungsführer Wolfgang Schäuble favorisierte Abschließung oder gar Vernichtung der toxischen MfS-Akten? Die Legitimation des vehementen Plädoyers für das Wachhalten der Erinnerung und damit der eigentliche Sinn der Aufarbeitung steckt in der Verbindung von Wahrheit und Versöhnung. Aufarbeitung im Verständnis der Volkskammer war das gesellschaftsmedizinische Mittel, um „Gesundungsprozesse dieser Gesellschaft“<sup>11</sup> zu befördern, wie insbesondere Joachim Gauck immer wieder nachgerade pathetisch beschwor: „Vor der Gesundheit kommt der Heilungsprozeß. In dieser Zeit geschieht viel Arbeit, werden medizinisches Wissen und die physischen und psychischen Kräfte des Patienten einen Bund eingehen, und am Ende dieses Prozesses kann dann alles gut werden. So wollen wir in unsere neue Demokratie eintreten: wach, informiert und angetrieben vom Willen zu mehr Gerechtigkeit und Wahrhaftigkeit.“<sup>12</sup>

---

<sup>9</sup> Wolfgang Schäuble, Der Vertrag. Wie ich über die deutsche Einheit verhandelte, Stuttgart 1991, S. 270 ff. Noch 2009 antwortete Schäuble auf eine entsprechende Frage der Zeitung „Superillu: „Ja. Ich habe dazu – genau wie Helmut Kohl – geraten, damit die Streitigkeiten der Vergangenheit nicht zu sehr den Wiederaufbau der neuen Länder und damit die Zukunft belasten. Wir haben dann aber den Wunsch der frei gewählten Volkskammer nach Aufarbeitung respektiert und eine entsprechende Regelung in den Einigungsvertrag aufgenommen.“ 20 Jahre Wiedervereinigung - Dr. Schäuble erinnert sich.  
[http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Interviews/DE/2009/01/bm\\_interview\\_super\\_illu.html](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Interviews/DE/2009/01/bm_interview_super_illu.html)

<sup>10</sup> 32. Tagung, in: Volkskammer, Protokolle, 10. Wahlperiode, Bd. 29, S. 1457, Äußerung Jürgen Haschke (DSU)

<sup>11</sup> Ebd., S. 1454 Äußerung Joachim Gauck (Bündnis 90/Grüne).

<sup>12</sup> Joachim Gauck, Erst erinnern, dann vergeben. Was wird aus der Stasi-Vergangenheit, in: Die Zeit, 13.4.1990.

Heilung durch Wahrheit, Versöhnung durch Ehrlichkeit – mit diesen Formeln schloss der Aufarbeitungsdiskurs unmittelbar an die Arbeit besonders der südafrikanischen Truth-And-Reconciliation-Kommissionen an und offenbarte zugleich einen konstitutiven Zielkonflikt, der sie bis heute begleitet. Während Hans Modrow schon gleich nach den März-Wahlen 1990 von der Volkskammer verlangte, „einen Modus (zu) finden, der die Aufarbeitung nicht ins Unendliche zieht.“, wehrte sich Joachim Gauck gegen jede Fristbindung der Dikturaufarbeitung, indem er Wahrheit und Vergebung miteinander verknüpfte: „In unserem Eintreten für Ehrlichkeit und Bewahrung des Belastenden wollen wir nicht eine deutsche Vorliebe zu Selbstzerfleischung pflegen, auch nicht Vergebung und Versöhnung ausschließen. Aber vor der Versöhnung muß klar sein, wo Schuld und Versagen lagen. Vor der Vergebung liegt das Erinnern. Vor der Freude an der Demokratie die Räumung der Trümmer der Diktatur. Das wird Zeit brauchen.“<sup>13</sup>

Hier zeigt sich ein Grundkonflikt, der bis heute fortwirkt: Aufarbeitung verspricht fortwährend eine loslassende Überwindung der Vergangenheit, die sie nie einlösen kann. Auch Gauck versicherte in der zweiten Lesung des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung der Stasi-Unterlagen am 24. August 1990 sogar: „Es ist übrigens unrealistisch, anzunehmen, daß die Arbeit mit den Unterlagen sich über Jahre erstrecken werden. Deshalb fehlen in diesem Gesetz Vernichtungsvorschläge.“<sup>14</sup> Lutz Rathenow setzte sich bereits im Frühsommer 1990 für eine „Offenlegung als Gesellschaftstherapie“ ein, die den Schlusstrich in ferne Zukunft verschob: „Doch um ein präzises Erinnern, um ein möglichst genaues Offenlegen von Mechanismen der Macht kommt diese Gesellschaft nicht herum, wenn sie ihre Vergangenheit nicht wie einen nicht zur Kenntnis genommenen Krankheitsherd mit sich in die Zukunft schleppen möchte.“<sup>15</sup>

Aufarbeitung als geschichtskulturelles Paradigma gründet heute mehr denn je auf einer prinzipiellen Unabschließbarkeit, die ihrer gleichermaßen fundamentalen Vergebungsbereitschaft zuwiderläuft. Das in der Volkskammer geformte Konzept der Aufarbeitung steckte und steckt bis heute in der Aporie, die Vergangenheit zugleich loslassen und festzuhalten zu wollen.

---

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Tagung, in: Volkskammer, Protokolle, 10. Wahlperiode, Bd. 29, S. 1452-1458. Äußerung Michael Diestel, S. 1454

<sup>15</sup> Lutz Rathenow, Akteneinsicht als Therapie, in: Rheinischer Merkur/Christ und Welt, Nr. 22 vom 1.6.1990.

Ich fasse zusammen: Die Durchsetzung des Projekts Aufarbeitung hat eine mittlerweile dreißigjährige Tradition im vereinten Deutschland begründet, die heute maßgeblich die politisch-kulturelle Identität der erweiterten Bundesrepublik ausmacht. Das Projekt Aufarbeitung leidet zugleich an inneren Widersprüchen, die die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit ebenso erleichtern wie andererseits auch erschweren.